

**DAS SOZIALDEMOKRATISCHE
ZUKUNFTSPROGRAMM
FÜR SACHSEN.**

SPD Soziale
Politik für
Dich.

Am 26. September ist Bundestagswahl. Bei der Wahl entscheidet sich, wer die Nachfolge von Angela Merkel übernimmt: Olaf Scholz, Annalena Baerbock oder Armin Laschet. Es entscheidet sich, in welche Richtung sich unser Land entwickelt.

Unser Angebot ist klar: Wir wollen Deutschland und Sachsen gestalten und haben die sozialen, ökologischen und ökonomischen Ideen für die Zukunft. Was muss sich ändern, damit es den Sächsinen und Sachsen besser geht? Was muss sich ändern, dass vieles Gute auch bleiben kann, wie es ist? Sorgen wir für mehr Zusammenhalt in Sachsen oder lassen wir es zu, dass unsere Gesellschaft immer weiter auseinanderdriftet?

Die SPD in dieser Regierung hat einiges für die Menschen in Deutschland erreicht: Die Absicherung und Unterstützung der Menschen in der Corona-Pandemie wären ohne die SPD schlechter gelungen. Die Grundrente, das Klimaschutzgesetz, die Mindestvergütung für Azubis oder einen besseren Schutz für Mieterinnen und Mieter gibt es nur dank der SPD.

Dennoch haben viele Bürgerinnen und Bürger den Eindruck, dass es einen grundsätzlicheren Wandel braucht. Staatliches Handeln, auch das der SPD, wirkt manchmal wie ein Reparaturbetrieb für grundlegendere Versäumnisse. Mal wird da an einer Schraube gedreht, mal an einer anderen. Dieses politische „Klein-Klein“ ist kein Naturgesetz, sondern das Werk einer ausgebrannten Union. CDU und CSU haben sich in den letzten Jahren fast nur als Bremse erwiesen. Sie stehen der Zukunft im Weg und gehören in die Opposition.

Was sind die entscheidenden Fragen für Sachsen?

1. Mehr Anerkennung und Respekt für Beschäftigte

Wie schaffen wir endlich die soziale Einheit und beseitigen soziale Ungerechtigkeiten – insbesondere die ungleichen und ungerechten Löhne? Fakt ist: Ostdeutsche Beschäftigte erhalten immer noch im Durchschnitt weniger Lohn und arbeiten länger als ihre westdeutschen Kolleginnen und Kollegen. Mehr als jede und jeder dritte Beschäftigte in Sachsen verdient weniger als zwölf Euro pro Stunde. Diese Ohnmacht, für die eigene harte Arbeitsleistung keine angemessene Vergütung und später Rente zu erhalten, hat zur Wut auf „die Politik“ beigetragen. Diesen Zustand akzeptieren wir nicht – das ist eine Frage des Respekts und der Wertschätzung!

- Wir führen einen Mindestlohn von 12 Euro ein. Das wird für weit mehr als einen Drittel der Beschäftigten in Sachsen eine Lohnsteigerung bedeuten, um endlich wieder Anschluss an die Mitte halten zu können.
- Wir haben als SPD bereits ein Gesetz eingeführt, das Beschäftigte schützt, die einen Betriebsrat gründen wollen, und nicht erst, wenn sie einen gegründet haben.

Nun werden wir öffentliche Aufträge daran binden, ob Unternehmen nach Tarif bezahlen (Bundestariftreuegesetz). Tarifverträge sollen einfacher für allgemein verbindlich erklärt werden können.

- Wir haben dafür gesorgt, dass Pflegeleistungen nur bei der Pflegeversicherung abgerechnet werden können, wenn Beschäftigte in Tarifhöhe bezahlt werden. Anständige Tariflöhne sind nicht weniger als eine Frage des Respekts für die Leistung der Beschäftigten in der Pflege. Die beschlossenen Tariftreue-Regelungen sind dafür ein erster wichtiger Schritt. Ein Flächentarifvertrag bleibt unser Ziel!
- Wir werden gezielt die Mehrheit der kleinen und mittleren Einkommen entlasten. Der Spitzensteuersatz von 42 Prozent soll später greifen. Für die Topverdiener wird es teurer. Die vollständige Abschaffung des Solis für ganz Reiche lehnen wir ab. Heute müssen nur noch knapp über 10.000 Sachsen und Sächsinen überhaupt den Soli vollständig zahlen.
- Die CDU will hingegen die Steuern für Reiche senken, von denen im Osten kaum welche wohnen. Das kostet 30 Milliarden Euro pro Jahr – ohne jede Gegenfinanzierung. Die Rechnung geht nur auf, wenn man Leistungen massiv kürzt oder auf wichtige Investitionen verzichtet. Beides wäre falsch. Das lassen wir nicht zu!
- Wer arbeitet, trägt auch durch Steuern zum Gemeinwohl bei, Vermögen hingegen leistet diesen Beitrag kaum. Das zeigte auch die Corona-Pandemie. Wir wollen einen einheitlichen Steuersatz von einem Prozent für sehr hohe Vermögen ab 2 Millionen Euro einführen, auch um die Finanzkraft der Länder für Zukunftsaufgaben zu verbessern.

2. Faire Chance auf einen Vorsprung Ost

Wie schaffen und sichern wir die Arbeit von morgen in Sachsen? Schaffen wir die Voraussetzungen für eine Pionierrolle des Ostens in neuen Innovationszyklen? Kein DAX-Unternehmen hat bislang seinen Sitz im Osten, vielfach sind wir noch verlängerte westdeutsche Werkbank. Doch jetzt ändert sich das Spiel: Weil bei Künstlicher Intelligenz, Elektromobilität oder Wasserstofftechnologie alle am Anfang stehen, haben wir als Ostdeutsche erstmals die faire Chance, uns in manchen Wirtschaftsbereichen an die Spitze zu stellen und die Arbeitsplätze der Zukunft zu schaffen und zu sichern.

- Bei Digitalisierung, Energiewende und neuer Mobilität brauchen wir eine nationale und gesellschaftliche Kraftanstrengung, um Potenziale zu entfesseln und Dinge anzupacken. Wir werden in Sachsen die technologischen und wirtschaftlichen Weichen stellen, um unsere Industrie zu modernisieren, Arbeitsplätze zu sichern und den Klimaschutz konsequent voranzubringen. Ostdeutschland soll ein Zentrum der Elektromobilität, des auto-

- nomen Fahrens und der Entwicklung und Produktion von Speicherkapazitäten werden.
- Mit einem milliardenschweren Investitionspaket werden wir Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz stärken. Ostdeutschland soll Teil eines europäischen Forschungsbundes werden.
 - Unser Ziel ist die Industrialisierung von Wasserstofftechnologien in Sachsen für den globalen Markt. Wir wollen dazu das enorme Potenzial sächsischer Unternehmen von Forschung zur Wasserelektrolyse bis hin zum Anlagenbau nutzen.
 - Wir werden Deutschland und auch Sachsen zu einem Zentrum der Batteriezellenfertigung und des Recyclings gebrauchter Batterien machen. Im Schwerlastverkehr wird auch die Wasserstoff-Brennstoffzelle eine wichtige Rolle spielen. Wir unterstützen die Automobilzulieferindustrie bei der Umstellung ihrer Produktionsprozesse und der Erschließung neuer Geschäftsfelder.
 - Wir werden die Digitalisierung zur Chance für Ostdeutschland machen. Das „Kompetenzzentrum Digitalisierung und ländlicher Raum“ werden wir in Ostdeutschland ansiedeln: Landwirtschaftliche Betriebe können mit digitalen Lösungen effizienter und klimafreundlicher arbeiten und neue Vertriebswege erschließen. 5G-Netze und Breitband-Internet werden wir vor allem in dünn besiedelten Gebieten besonders unterstützen und beschleunigen.

3. Wirtschaft, Soziales und Klimaschutz zusammendenken

Wird es uns gelingen, unser Leben und Wirtschaften so zu verändern, dass wir den menschengemachten Klimawandel aufhalten? Mit dem Klimaschutzgesetz haben wir 2021 in der Koalition mit der CDU einen ambitionierten Plan mit deutlich verschärften Klimazielen vorgelegt. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, in Deutschland bis spätestens 2045 klimaneutral zu sein. Es geht also nicht mehr um die Frage des „Ob“, sondern nur noch um die Frage „Wie“.

- Wir werden dafür sorgen, dass Sachsen Industrieland bleibt. Bis 2045 wollen wir klimaneutral sein – also keine Treibhausgasemissionen mehr verursachen. Dafür müssen Industrieprozesse auf Strom oder Wasserstoff aus Erneuerbaren Energien gestellt werden. Allein die Chemiebranche wird dann so viel Strom benötigen wie Deutschland heute in einem ganzen Jahr verbraucht.
- Wenn wir diese massiven Schritte nun gehen, dann muss der Umbau aber auch funktionieren! Wir brauchen ein Jahrzehnt des entschlossenen Ausbaus der Infrastruktur in allen Bereichen: Übertragungsnetze, Verteilnetze, Smart Meter, Wärmenetze, Wasserstoffpipelines, wasserstofffähige Gasnetze, Schienen, ÖPNV, Radwege, Ladesäulen, usw. Hier geht es ums richtige Planen, Bauen, Genehmigen, Kümern. Wir müssen schneller bauen, wenn wir in 24 Jahren klimaneutral sein wollen.

- Der CO₂-Preis wird auch mit der SPD in Stufen bis 2025 auf 55 Euro je Tonne CO₂ steigen. Die Menschen brauchen daher den schnellen Ausbau einfacher und kostengünstiger klimaneutraler Alternativen, sonst wird es für sie nur teurer, aber nicht besser. Obwohl wir als SPD die Situation im ÖPNV in den letzten Jahren schon verbessert haben: Der Ausbau von Bus- und Bahnlinien und die Modernisierung des ÖPNV in Sachsen gehen nur Schritt für Schritt.
- Wer in einer wenig gedämmten Mietwohnung mit Ölheizung wohnt, hat keine Alternative. Wird aber der CO₂-Preis zu schnell erhöht, dann wird das dem wenig Klima nutzen, sondern wirkt als Bestrafung einer Lebensweise. Die Leute müssen dann weiter Verbrenner mangels Alternative fahren, aber zahlen dafür mehr. Es ist eine Frage des Zeitpunkts und klugen Kombination von CO₂-Bepreisungen, Investitionen und Förderungen.
- Wir müssen für einen sozialen Ausgleich sorgen. Wir haben bislang das Wohngeld und die Fernpendlerpauschale erhöht und wollen dies auch weiter tun. Die Mehrwertsteuer für Bahntickets haben wir gesenkt. Wir werden nun die EEG-Umlage bis 2025 abschaffen. Für eine dreiköpfige Familie sind das ca. 230 Euro im Jahr.
- Wenn Klimaschutz auf Kosten von Arbeitsplätzen geschieht, ohne den Leuten eine Perspektive anzubieten, dann werden viele Menschen Parteien wählen, die den Klimaschutz vernachlässigen. Das gilt vor allem auch für die Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland und deren Erfahrungen in der Nachwendezeit. Der Klimaschutz wird aber zum Job-Motor, wenn wir gezielt in Infrastruktur und Innovationen investieren. Wir haben mit dem Klimaschutzprogramm 2030 das größte Investitionsprogramm über 54 Milliarden Euro für die ökologische Modernisierung unseres Landes geschnürt, das es je gab.
- Wir werden gesetzliche Regelungen schaffen, dass der CO₂-Preis von den Vermieterinnen und Vermietern getragen wird. Denn Leute, die zu Miete wohnen, können den höheren Kosten gar nicht ausweichen. Zudem hätte dies den Anreiz für die Vermieterinnen und Vermieter, die Heizung zu erneuern oder eine Solaranlage aufs Dach zu stellen. Der Vorschlag, die Kosten zumindest zu teilen, ist aber an der Unionsfraktion gescheitert.
- Wir werden dafür sorgen, dass für Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, der Industriestrompreis wettbewerbsfähig bleibt.
- Olaf Scholz arbeitet aktuell mit anderen Industrie- und Schwellenländern an einen „Klima-Club“, einem internationalen Zusammenschluss von Staaten, die beim Klimaschutz vorangehen. Damit nicht die, die beim Klimaschutz aktiv werden, bestraft werden.

4. Modernstes Mobilitätssystem Europas

Wie bauen wir das modernste und klimafreundlichste Mobilitätssystem Europas aus und bringen die Verkehrswende voran? Wir wollen die politischen Voraussetzungen dafür

schaffen, dass immer mehr Menschen auf Busse, Bahnen oder das Fahrrad umsteigen. Dort, wo der private PKW weiter das Mittel der Wahl bleibt, wollen wir über alternative Antriebe klimafreundliche Alternativen schaffen. Unser Ziel ist eine klimaneutrale Mobilität, die sich alle leisten können.

- Alle Großstädte müssen an das Fernverkehrsnetz angeschlossen sein. Ab 2022 soll das auch für Chemnitz gelten. Wir wollen neue schnelle Zug- und Nachtzugverbindungen in unseren Nachbarländern etablieren. Wir werden Bahnstrecken reaktivieren, deren Betrieb sichergestellt ist.
- Wir werden die Attraktivität des Nahverkehrs verbessern, durch Investitionen in das Angebot und die Qualität von Zügen und Bussen. Wir werden engere, verlässliche Taktungen und komfortablere Züge.
- Die Zukunft gehört den elektrischen Antrieben. Wir wollen diese Entwicklung aktiv gestalten, damit die Automobilindustrie gerade auch in Sachsen Leitindustrie bleibt und die Zukunft der vielen kleinen und mittelständischen Zulieferer mit ihren Arbeitsplätzen gesichert ist. 2030 sollen mindestens 15 Millionen PKW in Deutschland voll elektrisch fahren.
- Den Fortschritt beim Ausbau der Ladesäulen für Elektroautos wollen wir vierteljährlich evaluieren und wo nötig mit Versorgungsaufgaben und staatlichem Ausbau die notwendige verlässliche Erreichbarkeit von Ladepunkten herstellen.
- Einen Anschluss an den öffentlichen Verkehr muss es in Metropolen und Dörfern geben. Die SPD will das gewährleisten: mit der Mobilitätsgarantie für öffentlichen Nahverkehr an jedem Wohnort.

5. Mehr Chancengleichheit und Teilhabe

Jedes 5. Kind in Sachsen ist armutsgefährdet – wie stoppen wir endlich Kinderarmut? Faktisch bekommen aktuell Kinder reicher Eltern höhere Familienleistungen als Kinder von Normalverdienenden. Die Reichen bekommen bis zu 319 Euro für ihr Kind (über den Kinderfreibetrag, steuerliche Absetzbarkeit Privatschule etc.), die normale ostdeutsche Beschäftigte wie die Krankenpflegerin, der Maurer oder die Pizzabotin nur 219 Euro Kindergeld. Gleichzeitig ist trotz hoher staatlicher Familienausgaben das Problem der Kinderarmut ungelöst.

Wir werden daher eine Kindergrundsicherung einführen. Alle Familienleistungen werden gestrichen, alle dadurch freiwerdenden Mittel fließen in die neue Leistung. Diese sozialdemokratische Kindergrundsicherung besteht aus zwei Säulen:

- Säule 1: Jedes Kind bekommt ein automatisch ausgezahltes Kindergeld von ca. 250 Euro, das steigt, je niedriger das Einkommen der Familie ist. Der Höchstbetrag soll dann bei 528 Euro pro Kind liegen. Damit kehren wir die Verteilungswirkung um:

Nicht mehr die reichen Familien, sondern die bedürftigen Kinder mit Eltern mit kleinen Einkommen bekommen mehr. Kinderarmut wird beseitigt.

- Säule 2: Wir bauen die Infrastruktur aus, die gerechte Bildung und Teilhabe für alle Kinder ermöglicht: gute und beitragsfreie Kitas, ein Ganztagsangebot für Schulkinder, eine soziale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche und freie Fahrt in Bus und Bahn im Nahverkehr sowie ein Recht auf Mobilität vor allem für den ländlichen Raum. In Sachsen haben wir als SPD schon mit der Einführung eines Bildungstickets erste Schritte getan.
- Wir führen außerdem ein Recht auf Nachholen des Abschlusses und auf Ausbildung ein. In Sachsen sind knapp 4.000 Jugendliche ohne Ausbildung. Über acht Prozent der jungen Leute in Sachsen sind ohne Schulabschluss.
- Wir werden den Sozialstaat umbauen, so dass vor allem auch die Menschen mit kleinen Einkommen und weniger Qualifikation in Zeiten von Digitalisierung und Klimaschutz geschützt sind. Dazu werden wir das Recht auf Weiterbildung und das Recht auf einen beruflichen Neustart einführen, der bereits nach drei Monaten ohne neue Erwerbsarbeit greift (Arbeitslosengeld Q) und es ermöglicht, auch im Alter von über 40 noch einmal einen ganz neuen Beruf zu erlernen. Damit halten wir den Betroffenen den Rücken frei, um sich auf das Wesentliche konzentrieren zu können: neue Arbeit zu finden, um wieder auf eigenen Beinen zu stehen.
- Die Arbeitslosenversicherung wird zur solidarischen Arbeitsversicherung: Sie hilft nicht nur bei der Arbeitslosigkeit, sondern sie soll helfen, dass diese gar nicht erst entsteht. Die Bundesagentur für Arbeit bauen wir darum zur Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung um, die ein hochwertiges und individuelles Beratungsangebot gewährleistet.
- Das BAföG soll in Zukunft wieder mehr junge Erwachsene erreichen. Mit einem Bundesprogramm für Schulsozialarbeit werden Kommunen Mittel zur Förderung von Chancenhelfern an jeder Schule bereitgestellt.

6. Solidarisches Sozialsystem sichern und stärken

Wie sichern und stärken wir unser solidarisches Sozialsystem? Wie gelingt es uns als Gesellschaft, die Lebensleistung der ostdeutschen Aufbaugeneration endlich anzuerkennen – ihr Respekt und Wertschätzung zuteil werden zu lassen? Wir haben die Grundrente für Geringverdienende eingeführt, die mindestens 33 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt haben. Im Durchschnitt bekommen die Beschäftigten einen Aufschlag von 75 Euro im Monat, maximal sind es ca. 400 Euro. Dies ist gut gerade für ostdeutsche Beschäftigte. Allerdings kann die Grundrente nicht ausgleichen, dass viele Ostdeutsche viele Jahre arbeitslos waren oder nur Niedriglöhne bekamen. Deswegen kämpfen wir für Tariflöhne und 12 Euro Mindestlohn.

- Wir wollen die gesetzliche Rente stärken und stehen für eine dauerhaft stabile Rentenleistung und ein dauerhaftes Rentenniveau von mindestens 48 Prozent. Dies wurde durch Olaf Scholz 2025 bereits in der Finanzplanung abgesichert. Zum Ende des Jahrzehnts müssen wir den Steuerzuschuss zur Rente etwas anheben. Das ist verkraftbar.
- Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist, entgegen allen Prognosen, nicht gesunken, sondern auf über 33 Millionen gestiegen – sechs Millionen mehr als im Jahr 2000. Deshalb zahlen wir heute auch niedrigere Rentenbeiträge als am Ende der Regierungszeit von Helmut Kohl. Wenn es in Deutschland viele Jobs mit ordentlichen Löhnen gibt, ist die Rente sicher.
- Frauen und Männer, die als Selbstständige, Beamte, in freien Berufen oder als Abgeordnete arbeiten, sollen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen.
- Wir werden die Doppelbesteuerung von Rentnern und Rentnerinnen beenden, indem wir die Beiträge zur Rentenversicherung nicht erst 2025 steuerlich voll absetzbar machen, sondern vorher. Zudem werden wir die volle Besteuerung der Renten weiter nach hinten schieben – sie soll erst 2060 wirksam werden und nicht, wie bislang vorgesehen, schon 2040.
- Wir wollen eine Vollversicherung als Bürgerversicherung, die alle pflegerischen Bedarfe und Leistungen abdeckt. Ein erster Schritt dorthin ist, für Pflegebedürftige mit kleinen und mittleren Einkommen den Eigenanteil zu deckeln, damit Pflege bezahlbar bleibt. Zukünftige Kostensteigerungen werden solidarisch über einen Mix aus moderat steigenden Pflegeversicherungsbeiträgen und dynamischen Steuerzuschüssen des Bundes finanziert.
- Die, die arbeiten, sollen bis zu fünf Jahre vor einem Absturz nach unten geschützt werden: Wer länger eingezahlt hat, soll zukünftig länger Arbeitslosengeld I beziehen. Wir wollen ein Bürgergeld statt Hartz IV. Vermögen und die Wohnung werden wir zwei Jahre schützen.

7. Wir räumen den Familien in Sachsen die Steine aus dem Weg

Die sächsischen Familien müssen gestärkt und entlastet werden – welche politischen Schritte können und müssen wir dafür gehen? Sie brauchen vor allem mehr Zeit füreinander und Platz zur Entfaltung. Und das egal, ob sie in der Stadt oder auf dem Land leben.

- Die Mieten v.a. auch für Familien in Leipzig und Dresden steigen rasant. In angespannten Wohnlagen werden wir daher einen zeitlich befristeten Mietendeckel einführen, was bedeutet: Mieten können für bestimmte Zeit nur im Rahmen der Inflationsrate erhöht werden. Wir werden außerdem die Mietpreisbremse entfristen und Schlupflöcher schließen.

- Wir wollen eine Familienzeit einführen, die Eltern und Pflegenden mehr Zeit für die Unterstützung ihrer Liebsten gibt. Dazu führen wir ein Vier-Säulen-Modell aus Elternzeit, Familienarbeitszeit, erhöhte Kinderkrankentage und Familienpflegezeit ein, das die bestehenden Leistungen verbessert.
- Wir werden das Ehegattensplitting für neu geschlossene Ehen ändern. Die allermeisten Haushalte mit Kindern werden gerade in Sachsen und Ostdeutschland durch die Kindergrundsicherung finanziell bessergestellt werden. Normalverdienende auch ohne Kinder werden keine Einbußen erleiden. Für bestehende Ehen werden wir zudem ein Wahlrecht einführen.

8. Respekt im Mittelpunkt

Respekt ist eine zentrale Säule des gesellschaftlichen Zusammenhalts: Wie gelingt es uns, allen Menschen in unserem Land diesen Respekt mit den Mitteln des Sozialstaats zukommen zu lassen?

- Die Grundsicherung soll ein soziales Bürgergeld werden, für das sich niemand schämen muss, der es braucht. Hartz IV schaffen wir ab. Sanktionen ohne Wirkung soll es nicht mehr geben, stattdessen wird man belohnt („Weiterbildungsbonus“), wenn man sich aus eigener Kraft aus Krisen herausarbeitet.
- Zwei Jahre sollen Wohnung und Ersparnis geschützt werden. Der Regelsatz wird steigen, weil die kaputte Waschmaschine oder eine neue Winterjacke bezahlt werden müssen.
- Mit einem Sicherungsgeld schaffen wir einen neuen Weg der solidarischen Absicherung für Selbständige in Notlagen, die über branchen- und saisonübliche Schwankungen hinausgehen.
- Für Bürgerinnen und Bürger, die trotz bester Unterstützung keine Perspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, werden wir ein „Recht auf Arbeit“ auf einem sozialen Arbeitsmarkt einführen.
- Es geht auch um den Respekt und die Anerkennung der spezifisch ostdeutschen Lebenserfahrungen und Lebensleistungen. Wir wollen, dass das „Zentrum für Zukunft und Transformation“ zügig gebaut wird: Es soll ein spannender Ort, wo Transformation von Gesellschaften sichtbar und erlebbar wird. Ein Ort, der die unterschiedlichsten ost- und gesamtdeutschen Erfahrungen einbezieht, die Lebensleistungen und Erfahrungen der Menschen sichtbar macht und gleichzeitig in die Zukunft weist.